

• Informationen • Informationen • Informationen • Informationen •

Schleswig-Holstein



Politische Bildung kein Thema ?

Eine schwarz-gelbe Regierungskoalition geht nun auch in Schleswig-Holstein an den Start. Im neu-gewählten Landtag sitzen insgesamt 95 Abgeordnete (vorher 69) aus sechs Parteien (neu: Die Linke). CDU (34) und FDP (15) haben einen Koalitionsvertrag geschlossen, in dem Politische Bildung kein ausdrückliches Thema ist. Insofern ist zu diesem Zeitpunkt offen, wie es mit der Landeszentrale für politische Bildung weitergeht. Allerdings lässt die Tatsache, dass der Bereich Kultur von der Staatskanzlei in das nunmehr FDP-geführte Kultusministerium zurückwandert, darauf schließen, dass auch die Landeszentrale diesen Weg wieder mitge-

hen wird. Kultusminister Dr. Ekehard Klug (FDP) ist ein langjähriger Kenner der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft und schätzt auch die Arbeit der Landeszentrale grundsätzlich sehr. Insofern gibt es zumindest berechtigte Hoffnung, dass diese wichtige Institution nicht geschlossen wird. Die Finanzlage des Landes bleibt jedoch insgesamt dramatisch, so dass gewiss um jede Stelle und um die Sachmittel gerungen werden muss. Unser Landesverband der DVPB wird sich weiter für den Erhalt der Landeszentrale stark machen und dokumentiert dies nicht zuletzt durch gemeinsame Projekte wie das folgende:

Im kommenden Jahr findet am Montag, 8. März, ab 13:00 Uhr (Ende gegen 18:30 Uhr) eine Fachtagung im Jüdischen Museum in Rendsburg statt. Dabei geht es um

„Aspekte jüdischen Lebens heute“. Ein Thema der Vorträge ist der Wiederaufbau des jüdischen Gemeindelebens in Schleswig-Holstein. Am Beispiel der Jüdischen Einheitsgemeinde in Kiel soll diese Entwicklung aufgezeigt werden. Auch das Gedenken im Hinblick auf die jüdische Vergangenheit spielt im heutigen Deutschland eine wesentliche Rolle. Die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Museen und Gedenkstätten, hier zum Beispiel das Jüdische Museum Rendsburg als älteste Einrichtung dieser Art, sind wichtige Träger und Bewahrer des Erinnerns. Der Leiter des Museums, Dr. Christian Walda, wird darüber referieren und die Einrichtung vorstellen. Ferner werden Strömungen des Antisemitismus in der Gesellschaft von heute dargestellt und diskutiert.

Das genaue Programm kann bei Annette Wiese-Krukowska unter krukowska-kiel@online.de per Email angefordert werden.

Abschließend noch ein Hinweis auf eine Ausstellung, die vom 12. bis 30. Januar 2010 (täglich 8:00 bis 20:00 Uhr, Eintritt frei, Personalausweis erforderlich) im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel) gezeigt wird: Am Beispiel zeitgenössischer Formen des Antisemitismus in Deutschland und Europa zeigt die Ausstellung „Antisemitismus? Antizionismus? Is ra el kritik?“, dass sich judenfeindliche Stereotype bis heute gehalten haben.

Die Ausstellung wurde erarbeitet von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Ziel ist es, dass sich Jugendliche mit dem Antisemitismus auseinandersetzen und dadurch sensibilisiert werden für Demokratie und Toleranz.

AWK

Mecklenburg-Vorpommern



Schwache Mitgliederbasis als Herausforderung

Nachdem der neue Vorstand seit Sommer 2008 im Amt ist, konnte der Landesverband seine Vernetzung im Bundesland weiter ausbauen. Sowohl mit der Landeszentrale für politische Bildung besteht eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit, so ist die DVPB am jährlichen Jahreskongress zur Politischen Bildung als Kooperationspartner fest gesetzt.

Und auch mit den Trägern der Politischen Bildung ist der Verband unter anderem durch die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft der Träger der Politischen Bildung in intensivem Austausch.

Sorgen bereitet vor allem die noch immer dünne Mitgliederbasis.

Die Neumitglieder, die in den letzten Jahren geworben werden konnten, stammen fast alle nicht aus dem Bereich der schulischen Politischen Bildung. Die Lehre-

rinnen und Lehrer im Land sind vor allem durch das im Land geltende Lehrpersonalkonzept, das für viele eine zwangsweise Reduzierung des Deputats beinhaltet, in hohem Maße frustriert.

In solchem Klima ist Basisarbeit schwer.

Der Landesverband hat sich dennoch vorgenommen, vor allem für Sozialkundefrauen und –lehrer attraktiver zu werden. Hierfür soll das Engagement im Bereich der Lehrerfortbildungen ausgebaut werden.

Erste Gespräche im Bildungsministerium lassen von dieser Seite Unterstützung erwarten. So wird im Frühjahr eine 1 1/2 tägige Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer stattfinden, in deren Rahmen übrigens auch die nächste Mitgliederversammlung mit der dann fälligen Neuwahl des Vorstandes stattfinden soll.

Dr. Gudrun Heinrich
Landesvorsitzende MV

Bayern



Reibungsloser Stabwechsel von Peter Hampe zu Armin Scherb

Jahreshauptversammlung des DVPB-Landesverbands Bayern

Einstimmig hat die Mitgliederversammlung des bayerischen DVPB-Landesverbands PD Dr. Armin Scherb zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er folgt damit Prof. Dr. Peter Hampe, der nach 17 Jahren im Amt nicht wieder kandidiert hat.

Scherb lehrt Didaktik der Sozialkunde an der Universität Erlangen-Nürnberg und war bis zum März 2009 Zweiter Bundesvorsitzender der DVPB. Seit März 2009 ist er Beisitzer im Bundesvorstand. Ferner ist er seit Jahren Mitglied der Polis-Redaktion.

Als dringliche Aufgaben des bayrischen Landesverbandes in der näheren Zukunft beschrieb Scherb die Mitgliederwerbung und Verjüngung des Verbands, die Zuordnung des Demokratie-Lernens zur Politischen Bildung und die Institutionalisierung dieser Zu-

ordnung in der LPO I, die Optimierung der Verbands homepage sowie die Arbeit am Kerncurriculum Sozialkunde auf Bundesebene.

Die Verdienste Peter Hampes würdigte dessen Stellvertreter Dr. Michael Schröder: „Dass trotz aller Versuche, die Sozialkunde an bayerischen Schulen einzuschränken, sie trotzdem ausgebaut und stabilisiert werden konnte, ist nicht zuletzt Hampes vielfältigen Anstrengungen und Bemühungen zu verdanken.“ Es sei nicht auszu-denken, wie die politische Bildungslandschaft an bayerischen Schulen aussähe, wenn er nicht immer und immer wieder nachgebohrt und nachgehakt hätte:

„Ohne seine beharrlichen Interventionen stünde es schlechter um die Politische Bildung an bayerischen Schulen“, sagte Schröder.

In ihren Ämtern einstimmig bestätigt wurden die Zweiten Landesvorsitzenden Monica Bartl und Dr. Michael Schröder sowie der Schatzmeister Bernhard Hof.

MS

Nordrhein-Westfalen



sNeuwahl des Landes- vorstandes nach dem Tode des Landesvorsitzenden Stephan Thomas

(siehe auch den Nachruf auf Seite 4 dieses Heftes)

Am 5.11.09 fand in Duisburg wieder das traditionsreiche Landesforum der DVPB NRW statt.

Wie in jedem Jahr, so war auch in diesem Jahr für 16.00 Uhr das Ende des Landesforums angesetzt, wobei im Anschluss daran ab 16.15 zur jährlichen Mitgliederversammlung eingeladen worden war.

Die Mitgliederversammlung am 5.11. stand ganz unter dem Eindruck des Todes von Stephan Thomas. Zu Beginn wurde seiner selbstverständlich in einer gebührenden Form gedacht.

Nach der ausführlichen Vorstellung des schriftlichen Tätigkeitsberichtes des Landesvorstandes und des Berichts der Kasensprüfung wurde der Landesvorstand satzungsgemäß von der Mitgliederversammlung entlastet.

Die Neuwahl des Landesvorstandes folgte einer eingespielten Praxis, indem der alte Vorstand einen sorgfältig abgestimmten Personalvorschlag präsentierte.

Zum neuen Ersten Landesvorsitzenden des Landesverbandes

NRW wurde einstimmig *Ulrich Krüger*, Düren, gewählt, der bislang schon einer der Zweiten Vorsitzenden gewesen war.

Neue Zweite Vorsitzende wurden *Cornelia Brodersen* aus Essen sowie Thorsten Obel aus Duisburg.

Ralph Horstkötter, Düsseldorf, wurde zum neuen Schatzmeister gewählt.

Der bisherige Geschäftsführer *Helmut A. Bieber*, Duisburg, wurde einstimmig in seinem Amt bestätigt.

Zu diesem engeren Vorstandsteam – als „geschäftsführender Vorstand“ bezeichnet – tritt noch eine Reihe von Beisitzern.

Zu Beisitzern gewählt wurden: H.- Siegfried Christen, Herford; Andreas Glahn, Düsseldorf; Marco Hamelmann, Senden; Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Bielefeld; Dr. Herbert Knepper, Mettmann; Ildiko Klara Pape, Düren; Christoph Riedl, Wegberg; Dr. Kuno Rinke, Bonn; Hildegard Rühling-Blomert, Mönchengladbach; Hans-Joachim von Olberg, Münster; Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Bochum.

Bedeutsam für die weitere Arbeit ist die gelungene „Verjüngung“ des Landesvorstandes.

HK

Sachsen-Anhalt



Neuwahl des Landes- vorstandes der DVPB

Die diesjährigen Politiklehrrtage fanden vom 06. bis 07.11. zum Thema

„Wege in der Krise – die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise“

statt. Unsere Tagung wurde in der seit Jahren bewährten Tradition durchgeführt, nämlich in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt.

Der Landesvorstand nutzte die Gelegenheit, sich bei Herrn Hans-Jochen Tschiche für seine

langjährige Tätigkeit im und für den Verband zu bedanken. Herr Tschiche, der am 10.11. seinen 80. Geburtstag feiert, arbeitete fast 20 Jahre im Landesvorstand mit. In den letzten Jahren übernahm er die Aufgabe des Geschäftsführers. Einerseits seine frischen Ideen bei der Programmgestaltung der Politiklehrrtage, andererseits die Hinweise für die Arbeit mit staatlichen Institutionen waren stets hilfreich und trugen zur erfolgreichen Arbeit des Landesverbandes bei.

Während der Tagung wurde die Mitgliederversammlung des Landesverbandes durchgeführt, in der unter anderem ein neuer

Landesvorstand gewählt wurde. Das Ergebnis der Wahl sieht wie folgt aus:

Annette Adam, Landsberg, Prof. Dr. *Wolfgang Berg*, Steuden, Prof. Dr. *Karl Peter Fritzsche*, Braunschweig/Magdeburg, *Angelika Grahn*, Schönebeck, *Marga Kempe*, Sülzetal, Prof. Dr. *Sibylle Reinhardt*, Halle, *Cornelia Stietzel*, Magdeburg, *Liane Wiele*, Aschersleben.

Als neue und alte Landesvorsitzende wird Marga Kempe tätig sein, als Zweiter Vorsitzender Prof. Dr. Karl Peter Fritzsche und als Schatzmeisterin Cornelia Stietzel.

Marga Kempe

Rheinland-Pfalz



10. Tage der Politischen Bildung Rheinland-Pfalz in Landau am 01./02. Oktober 2009

Die Renaissance der Politik in der Krise der Ökonomie – Wie viel Staat verträgt die Wirtschaft?

In Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, der Landesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft Rheinland-Pfalz sowie dem Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut der Evangelischen Kirche in Rheinland-Pfalz (EFWI) führte der Landesverband nach dem gelungenen letztjährigen Auftakt erneut im EFWI-Bildungszentrum die Tage der Politischen Bildung durch. Nach der Begrüßung der Teilnehmer seitens der Veranstalter eröffnete die politikwissenschaftliche Analyse des Heidelberger Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Manfred Schmidt den Reigen der Tagungsbeiträge. Ausgehend von gängigen Theorien ansätzen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie – „Primat der Ökonomie“ (Karl Marx), „Suprematie der Politik“ (M. T. Greven), „Gesellschaftliche Systeme, die sich gegenseitig nicht (direkt) steuern können“ (Systemtheoretische Ansätze von N. Luhmann und H. Willeke) – entfaltete der Referent in seinem Vortrag „Politik und Ökonomie – Wo bleibt die Demokratie?“ seine Position, die den dritten Ansatz um die Erkenntnis erweiterte, dass Ausmaß und inhaltliche Richtung der politischen Beeinflussung der Ökonomie beträchtlich variieren würden. Zur Stützung seiner These zeigte er Abhängigkeiten von hoher Staatsquote und hoher wirtschaftlicher Entwicklung sowie von hohem Durchschnittsalter in der Gesellschaft und hoher Sozialleistungsquote auf. Andere Wirkfaktoren, die das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie ebenso beeinflussen würden, seien etwa die Anzahl der Vetospieler und die internationalen Effekte. Dabei verwies er auf die EU als Liberalisierungsgemeinschaft wie auf die angesichts der Globalisierung schrumpfenden nationalen staatlichen Handlungsspielräume. Des weiteren werde

Politik zu einem bestimmten Zeitpunkt determiniert durch die vorgängige Politik – Politikmacher, so Schmidt, seien auch Erben. Mit Blick auf Deutschland konfrontierte der Referent das Plenum mit der Beobachtung einer zunehmend wachsender Wohlfahrtsstaatsklientel, zwischen 22,4 Mio. und 27 Mio. Bürger seien inzwischen auf Sozialleistungen angewiesen. Die Prognose, dass angesichts der Alterung der Gesellschaft dieser Anteil noch steigen werde, sei nicht zu gewagt. Die Finanzierungsweise entscheide letztlich über die Frage, ob das Wachstum dieser Wohlfahrtsstaatsklientel wirtschaftlich noch verkraftbar sei. Am Ende seines Vortrages betonte der Referent, dass Demokratie zwar omnipräsent, aber nicht omnipotent sei. Die Ökonomie werde zwar nicht direkt, jedoch mittelbar beeinflusst. Stets seien die Folgen und Nebenfolgen zu bedenken. Viele Beiträge der lebhaften folgenden Plenumsdiskussion kreisten um die „Wohlfahrtsstaatsklientel“.

Im zweiten Abschnitt des ersten Veranstaltungstages standen praxisorientierte Arbeitsgruppenangebote auf dem Programm.

Dr. Dietrich Heither, Studienleiter an der Gesamtschule in Hattersheim und Egbert Klöckner, Oberstudienrat am Gymnasium am Mosbacher Berg in Wiesbaden, entwickelten in ihrer Arbeitsgruppe „Von Häusern und Casinos. Die Weltwirtschaftskrise im Strudel der US-Hypothekenkrise“ eine Unterrichtssequenz zur Weltwirtschaftskrise. Ausgehend von den Erscheinungsformen der Krise, gelte es sodann mit der Lerngruppe den Krisenverlauf – von der Hypotheken- über die Finanz- hin zur Weltwirtschaftskrise – zu erarbeiten. Schließlich komme es zur Bewertung des Geschehens anhand der vier möglichen Analyseebenen: die Krise lasse sich als Folge moralischen Fehlverhaltens, als Fehler der politischen Regulierung, als Ergebnis des Scheiterns des neoliberalen „Modells Deutschland“ und als logische Folge der Kapital- bzw. Finanzmärkte betrachten. Die Unterrichtsreihe könne in ein Nachdenken über eine „Renaissance der Politik“ übergehen. Die ideologiekritische Grundannahme führte zu einer lebhaften Diskussion in der Arbeitsgruppe.

Frank Langner, Fachleiter für Sozialwissenschaften am Studienseminar Vettweiß, Schulbuchautor und Redaktionsbeirat von „Praxis Politik“, leitete die Arbeitsgruppe „Arm trotz Arbeit? Die politische Diskussion zu Mindestlöhnen als Gegenstand des politischen Unterrichts“. Nachdem er einleitend das Potenzial dieser Fragestellung ausgelotet hatte, rückte ins Zentrum der Arbeitsgruppe am Beispiel zweier wirtschaftspolitischer Positionen (Michael Hüther und Gustav A. Horn) die Textarbeit im Fachunterricht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten Gelegenheit, einzelne Methoden bei den Textauszügen anzuwenden. Langner ermutigte die Anwesenden zu innovativen und kreativen Zugängen, da Unterricht nicht nur die Er- und Bearbeitung, sondern auch die „Inszenierung“ – eine häufig defizitäre Seite – im Auge halten solle.

Das Angebot des Landauer Wirtschaftswissenschaftlers und Dozenten Dr. Heinz Klippert lautete „Planspiele im politisch-ökonomischen Unterricht“. Nach einem Erfahrungsaustausch zum bisherigen Einsatz von Planspielen griff Klippert vertiefend die Problem-situation einer fiktiven Gemeinde Talstadt auf, in der es um Umweltverschmutzung gehe. Er erläuterte die Ausgestaltung der Planspielunterlagen – Arbeitskarten für die gesamte Gruppe, teilgruppenspezifische Rollenkartensätze und Ereigniskarten zur Setzung von Lernimpulsen. Der gesamte Lernprozess sei beim Planspiel erst dann abgeschlossen, wenn Spielverlauf und Spielergebnis ausgewertet worden seien. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe bejahten das im schulischen Alltag es häufig an Zeit und Raum fehle, Planspiele einzusetzen.

Rainer Kohlhaas, langjähriger ehemaliger Fachleiter für Sozialkunde am Studienseminar Bad Kreuznach, referierte über „Zugänge zum Thema Wirtschaft im Sozialkunde-Unterricht – Rahmenbedingungen, Richtlinien und Praxiserfahrungen“. Unabhängig von der Voraussetzung für gelingenden Sozialkundeunterricht stelle die Fachkompetenz des Sozialkundelehrers bei ökonomischen Themen- und Fragestellungen dar. Auch nach dem Studium müsse diese permanent weiterentwickelt und geschärft werden. Bei der didaktischen Konzeption ökonomischer Themen plädierte er für die besondere Berücksichtigung des Aktualitätsprinzips und für die exemplarische Arbeit mit konkreten Fällen, ebenso sei die Frage

nach den beteiligten – zuweilen aber schwer entzifferbaren – Interessen zu stellen. Als Hilfe biete sich in Rheinland-Pfalz der Blick in die „Handreichungen zur Ökonomischen Bildung“ an.

Einen neuen Forschungsansatz präsentierte Dr. Helge Batt, Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, unter dem Arbeitsgruppentitel „Varieties of Capitalism (VoC). Neuere Erkenntnisse aus der vergleichenden politischen Ökonomie“. Die Schlüsselfrage dieses Forschungszweiges, der mit den Namen Peter A. Hall und David Soskice einhergehe, laute: Welche unterschiedlichen Ausprägungen der marktwirtschaftlichen Kapitalismus-Wirtschaftssysteme gibt es und wodurch unterscheiden sie sich? Ziel sei die Analyse der Unterschiede zwischen den verschiedenen Spielarten der marktwirtschaftlichen Kapitalismus-Wirtschaftssysteme. Der Ansatz widerspreche letztlich der These einer zunehmenden Konvergenz marktwirtschaftlicher Wirtschaftssysteme. Inzwischen seien, so Batt, auch die Schwächen des VoC-Ansatzes erkennbar: z.B. die Ausblendung der Politik, die Überbetonung der Stabilität der Kapitalismustypen. Im Fortgang zeigte Batt notwendige Modifikationen des VoC-Ansatzes auf.

Am Beginn des zweiten Tages stand das Referat „Ökonomische Krise und Staatsverschuldung in der Karikatur“ von Prof. Dr. Klaus Dieter Diller, der am Standort Koblenz der Universität Koblenz-Landau Wirtschafts-wissenschaftler lehrt. Gestützt auf eine Auswertung der aktuellen Werke der acht führenden Karikaturisten – Hätzinger, Mohr, Paulmichl, Plassmann, Roger, Schwalme, Skott, Tomicek – betrachtete Diller im ersten Schritt die Einzelemente der Karikatur: Akteure, Utensilien, Objekte, Wirkungen. Im zweiten Teil seiner Ausführungen wandte er sich der Gesamtdarstellung – sprich vollständigen Zeichnungen – zu. Exemplarisch machte er auch deutlich, wie notwendige Vorkenntnisse den Zugang zu Karikaturen erschweren können.

Unter Leitung von Bettina Anslinger-Weiss, Fachleiterin am Studienseminar Speyer, stellten Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde der Jahrgangsstufe 13 des Hans-Purmann-Gymnasiums, Speyer, ein Projekt zur ökonomisch-politischen Bildung vor. Anslinger-Weiss erläuterte Arbeitsauftrag und Vorgehensweise in dem 13 Schülerinnen und Schüler umfassenden

Stammkurs. Der Arbeitsauftrag lautete: Erstellt ein Portfolio in der Gruppe mit anschließender Präsentation der Arbeitsergebnisse zum Thema „Wie viel Staat braucht die Wirtschaft? Neue Konzepte zur Krisenbewältigung als Antworten auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.“ Für die Bearbeitung stand der Lerngruppe parallel zur Erarbeitung zentraler Inhalte im Unterricht ein Zeitraum von 5 Wochen zur Verfügung. Anslinger-Weiss stellte vorab die Methode „Portfolio“ vor. Im Arbeitsprozess würden Schülerinnen und Schüler erkennen, dass ein komplexes Themenfeld durch sorgfältige Auseinandersetzung mit diversen Materialien erschließbar sei. Die Schülerinnen und Schüler präsentierten sodann ihre gelungenen und beeindruckenden Portfolio-Arbeiten. Die intensiven Auseinandersetzungen führten schülerseitig zum Eindruck, dass die Eingriffe des Staates in der Krise durchaus positiv zu werten seien, hinsichtlich des Handelns vermisste die Lerngruppe weit überwiegend die notwendige Entscheidung.

Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion über „Die ökonomische Krise und die Reaktion der Politik“. Unter Leitung von Dr. Dieter Schiffmann, dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, diskutierten Vertreter der im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien – MdL Günter Eymael (FDP), Alexander Licht (CDU), Margit Mohr (SPD). Während Licht in seinem Eingangsstatement so viel Staat wie notwendig, aber so wenig wie möglich forderte und Eymael vor allem in puncto Bankenaufsicht Verbesserungbedarf anmahnte, gab Mohr den Eindruck wieder, dass die Bürger sich allzu häufig nicht mehr durch den Staat vertreten fühlten. Übereinstimmend gestanden die Politiker ein, dass Gestaltungsmöglichkeiten eher rückläufig seien. Trotz aller Belastungen bescheinigten die Politiker parteiübergreifend der Demokratie Vitalität.

Am Ende der Tagung stand der besondere Dank an das EFWI, dem gastgebenden Haus, wie an Herrn Dr. Geisthardt, dem Leiter der Institution.

Mitgliederversammlung am 01. Oktober 2009

Zur Mitgliederversammlung hieß wegen Erkrankung des Vorsitzenden Hans Berkessel der zweite Vorsitzende Horst Blaesy die an-

wesenden Mitglieder willkommen. Er trug auch den Rechenschaftsbericht vor.

In einer von Horst Blaesy vorgelesenen Erklärung legte Hans Berkessel dar, dass er aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen nicht zu einer erneuten Kandidatur für die Position des 1. Vorsitzenden bereit sei. Auch der 2. Vorsitzende Horst Blaesy unterstrich, dass er gesundheitsbedingt kürzer treten müsse und nicht mehr im zukünftigen Vorstand mitarbeiten könne. Schatzmeister Heinz Borgesser beendete wegen seiner Pensionierung ebenfalls seine Mitarbeit. Zudem kandidierte auch Norbert Gras nicht erneut als Beisitzer.

So veränderte sich bei den Wahlen das Gesicht des neuen rheinland-pfälzischen Landesvorstandes auf mehreren Positionen.

Die Wahlen führten zur folgenden Zusammensetzung des Landesvorstandes:

1. *Vorsitzende:* Bettina Anslinger-Weiss

2. *Vorsitzende:* Klaus Barheier und Timotheus B. von Schwichow
Schatzmeisterin: Ursula Saile-Geisthardt

Beisitzer/innen: Hans Berkessel, Annette Escouffaire, Uwe Franke, Conrad Görg, Björn Kilian, Michael Sauer, Ulrike Westerburg
Assoziiertes Mitglied: Dr. Thomas Simon, Zweiter Bundesvorsitzender

Die neue Vorsitzende dankte den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für die geleistete Mitarbeit und das enorme Engagement im rheinland-pfälzischen Landesverband.

Ein ausführlicher Bericht über die Arbeit des neuen Vorstandes erfolgt nach der konstituierenden Sitzung.

*Klaus Barheier
Zweiter Vorsitzender,
LV Rheinland-Pfalz*

Auftaktveranstaltung der Studientage „Rechtsextremismus im Alltag“

am 18.09.2009 im Landtag mit Schülerinnen und Schülern der BBS Bingen

Musik sorgt nicht nur für gute Stimmung, sondern kann Menschen auch für Themen begeistern. Bei der Auftaktveranstaltung zu den Studientagen „Rechtsextremismus im Alltag“

mit rund 100 Schülerinnen und Schülern der BBS Bingen bildete die Lehrerband der Schule mit ihrer thematischer passenden Musik den schwungvollen Auftakt. Wie dieser Effekt auch von der rechtsextremen Szene instrumentalisiert wird, war eines der Themen des Studientages.

Die musikalische Einlage wurde nicht nur von den jungen Teilnehmern honoriert, auch die Vizepräsidentin des Landtags, Hannelore Klamm (SPD), äußerte sich anerkennend über die „außer gewöhnlich Lehrerband“. Sie begrüßte herzlich die Projektpartner, die Landtagsabgeordneten Michael Hüttner (SPD) und Walter Strutz (FDP), sowie die Schülerinnen und Schüler. In ihrer Ansprache hob sie die Bedeutung der informativen Arbeit des Landtages bezüglich des Rechtsextremismus hervor. „Denn nur informierte Bürger“, so Klamm, „können sich aktiv engagieren und so zur Bewahrung der Demokratie beitragen.“ Zur Motivation jeden Einzelnen gab sie praktische Anregungen. Leserbriefe schreiben, sich in der Opferhilfe engagieren oder an Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus teilnehmen. „Bei der Prävention gegen den Rechtsextremismus“, fasste Hannelore Klamm abschließend zusammen, „müssen wir frühzeitig ansetzen und alle Lebensbereiche einbeziehen. Dabei sind die Eltern heute genauso gefordert wie die Lehrer.“

Der Pädagoge Hans Berkessel, Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, der die Reihe der Studientage maßgeblich initiierte, unterstützte diesen Aufruf: „Das Bild des Rechtsextremismus bedarf dringend der Korrektur: Er ist nicht nur ein Problem im Osten Deutschlands, sondern inzwischen auch im Westen, und schleicht sich mittlerweile in alle Lebensbereiche ein. Wir müssen frühzeitig handeln, um ihm entgegenzuwirken. Ich hoffe, dass die Studientage in diesem Sinne als eine Keimzelle der Demokratie wirken.“ Er dankte den Partnern und den Teilnehmern für ihr Engagement und verwies auch auf die engagierten Studierenden, die an der Auftaktveranstaltung teilnahmen und sich demnächst zu Moderatoren ausbilden lassen, um die Studientage mittelfristig zu begleiten.

Der Film „Wölfe im Schafspelz – Rechtsextremismus heute zwischen Agitation und Gewalt“ des Politologen Dr. Rainer Fromm bot einen Einblick in die

aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und die dahinter stehenden Strukturen. Der Film zeigte den Teilnehmern eindringlich, dass der Rechtsextremismus heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Andreas Müller vom Innenministerium bestätigte diese Aussage, auch wenn der Verfassungsschutz sich nur mit sichtbaren Formen des Rechtsextremismus wie entsprechenden Straftaten oder Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Organisationen befasst – also „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“. „Der Kampf gegen entsprechende Einstellungen hingegen ist“, so Müller, „nicht Aufgabe des Verfassungsschutz zessons derer Gesellschaft.“ In seiner Situationsbeschreibung „Rechtsextremismus und Jugend in Rheinland-Pfalz“ zeigte er, dass es heute den Standardtyp des Rechtsextremen nicht mehr gibt, der an der Glatze, den Springerstiefeln und dem Baseballschläger erkennbar ist. Vielmehr müssen die verschiedenen Erscheinungsformen mit eigenen Strategien und Zielen unterschieden werden. Sein Tipp für den Alltag: „Lassen Sie sich nicht auf Sachdiskussionen mit Rechtsextremisten ein!“

Genauso informativ und abwechslungsreich wie der Vormittag verlief der Nachmittag; die Schülerinnen und Schüler konnten zwischen fünf Workshops auswählen:

Im ersten Workshop mit dem Titel „Demokratie & Toleranz: Texte gegen den Extremismus und für Menschenrechte“ wollte der Schriftsteller Urs Fiechtner eigentlich aus seinen Arbeiten lesen, auf Wunsch der Teilnehmer erzählte er dann jedoch seine Lebensgeschichte und berichtete von seinen Erfahrungen mit Opfern des Extremismus.

Hans Berkessel (DeGeDe und DVPB Rheinland-Pfalz) besprach und interpretierte in seinem Workshop mit den Schülern „Rechtsextremistische Musik am Beispiel der NPD-Schulhof-CD“. So zeigte er an einem Songtext auf, wie sich die rechtsextreme Szene als Opfer der Medienberichterstattung darstellt und unverhohlene Drohungen gegen Journalisten ausspricht.

Gemeinsam mit Christian Möckel (Netzwerk Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz) begaben sich die Schülerinnen und Schüler auf die Spurensuche nach „Rechtsextremistischen Symbolen und ihrer Bedeutung“. Dabei fanden sie nicht nur heraus, wel-

che Symbole dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können, sondern auch, auf welche Versatzstücke rechter Ideologien sie sich beziehen.

Michael Wörner-Schappert (jugendschutz.net) bot einen Überblick zum Umgang mit „Rechts extremismus in Internet“ und gab konkrete Handlungstipps für Internetnutzer, die auf rechts-extreme Internetseiten stoßen, z.B. die Seite bei jugendschutz.net zu melden oder sich zu organisieren und gemeinsam mit anderen Kommentare in rechtsextremen Blogs und Gästebüchern hinterlassen.

Selbst aktiv werden konnten die Teilnehmer im Workshop „Rechtsextremismus und Gewalt“ mit dem Anti-Gewalt-Trainer Stefan Werner. An einem Schüler demonstrierte er im Rollenspiel, wie ein Jugendlicher, den er betreut, sein Opfer mit Schlägen und Tritten zugerichtet hat. Den Teilnehmern wurde so auf schockierende Weise klar, wie unzureichend die jugendlichen Täter einschätzen können, welche körperliche Schäden und psychische Folgen sie mit ihren Gewalttaten verursachen.

Mit der Auftaktveranstaltung startete eine Reihe von Studientagen zum Thema „Rechtsextremismus im Alltag – Subkulturen und ihre Wirkung auf Jugendliche“ für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen allgemein- und berufsbildender Schulen. Die Studientage werden von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landtag Rheinland-Pfalz, der Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt in der Staatskanzlei, dem Innen- und Bildungsministerium, der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. und der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim ausgerichtet. Unterstützt werden sie von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen wie dem Verein Rheinessen gegen Rechts.

Weitere Studientage der Reihe finden in diesem Jahr am 4. und 11. Dezember in der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim statt.

Unter folgenden Kontaktdaten erhalten Sie mehr Informationen zu den Studientagen und können Ihre Schule zur Teilnahme anmelden:

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe)

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB)

Landesverbände Rheinland-Pfalz

Hans Berkessel
Johann-Hinrich-Wichern-Str. 3,
55218 Ingelheim am Rhein
Telefon: (06132) 84970,
E-Mail: HansBerkessel@aol.com
www.degede.de; www.dvpb-rlp.de

Sappho Beck, Hans Berkessel

Nicht einfach, aber lohnend: Partizipation als Qualitätsmerkmal guter Schulen – Der 4. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz

Im Foyer der Stadthalle Ransbach-Baumbach führt eine erboste Schülerin lautstarken Wortwechsel mit aufgebrachtem Lehrer/innen: Sie hatte sich soeben eine Zigarette angezündet und den Lehrer, der sie deswegen zurechtwies, mit ihrem Handy gefilmt. Der Tumult ist groß und die anwesenden Lehrer/innen, Schüler/innen, Bildungspolitiker/innen und Multiplikatoren sind ungewollt Augenzeugen einer unangenehmen Szene. Die Stimmung wirkt gedrückt: So hatte man sich den Beginn des 4. Demokratie-Tages Rheinland-Pfalz am 07. Oktober 2009 in Ransbach-Baumbach nicht vorgestellt.

Unerwartet löst sich die Anspannung: Diese Schülerin gibt sich als Schauspielerin des Improvisationstheaters „Setzen 6!“ zu erkennen und bittet die Gäste zur Begrüßung in den großen Saal der Stadthalle in der Westerwald-Stadt Ransbach-Baumbach. Fleißige Schülerin und Schulleiter gastgebend Erich Kästner Realschule Plus (EKS) haben die Stadthalle mit bemalten gelben Bannern dekoriert und dort mehrere über zwei Meter große Skulpturen aufgestellt, die symbolisch den Bundestag, das Rechts- und Finanzsystem und das Grundgesetz tragen.

Neben der künstlerischen meisterte die EKS auch die organisatorische und logistische Vorbereitung tadellos. Ohne die tatkräftige Unterstützung des Kollegiums, der Verwaltung und der Organisatoren sowie der Beteiligung vieler engagierter Schülerinnen und Schüler wäre dies sicher nicht möglich gewesen. Ein Schüler berichtete „In der Kunst-Literatur (KL)-Gruppe haben wir uns ausgedacht, die Besucher mit Demokratie-Bauchläden zu empfangen. Außerdem haben wir Kisten mit verschiedenen positiven und negativen Begriffen wie beispielsweise Zensur und Gerechtigkeit bemalt, um Denkanstöße zum Thema Demo-

kratie buchstäblich in den Raum zu werfen.“

Gerhard Leisenheimer, Schulleiter der EKS, und Michael Merz, Bürgermeister der Verbände gemeinde Ransbach-Baumbach, eröffneten den Demokratie-Tag. In ihrer gemeinsamen Begrüßung erläuterten sie, warum sie es auf sich genommen haben, den Demokratie-Tag auszurollen: „Demokratie ist eine anstrengende, aber gesellschaftlich lohnende Aufgabe. Die Partizipation von Schülerinnen und Schülern ist ein sinnvolles und notwendiges Training, um früh die Eckpfeiler demokratischen Handelns lernen und anwenden zu können.“

Hans Berkessel, Landesvorsitzender und Mitglied im Bundesvorstand der DVP, und Sonja Student von der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Rheinland-Pfalz appellierten direkt an die Anwesenden: „Man muss sich ernst genommen fühlen, wo man lernt und arbeitet“. Das Motto des diesjährigen Demokratie-Tages „Mitgestalten und Mitverantworten: Partizipation als Qualitätsmerkmal guter Schulen“ soll deutlich machen, dass „alle Schulen Demokratie lernen und leben müssen“, und „die Demokratiepädagogik kein Nischenthema sein darf“. Student und Berkessel repräsentierten die Organisatoren und Partner der Veranstaltung: Neben der DeGeDe und der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ waren auch die Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, die Koordinierungsstelle „Demokratie lernen und leben“ im Pädagogischen Zentrum und das Institut für Lehrerfort- und Weiterbildung (ILF) starke Partner. Berkessel sprach ein großes Dankeschön an das „breite, in den Jahren gewachsene Bündnis“ der weiteren beteiligten Partner aus, welches den Demokratie-Tag zum vierten Mal ermöglicht hat und zu dem die drei Fachverbände der gemeinschaftskundlichen Fächer ebenso gehören wie die Landeszentrale für politische Bildung, die GEW, der Grundschulverband die SV und der Landeselternbeirat.

Dr. Josef Peter Mertes, Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), betonte in seinem Grußwort im Namen der Landesregierung, wie wichtig die Vernetzung von zahlreichen Partnern im Bildungsbereich ist, um die Demokratieerziehung voran zu bringen. „Demokratie-Erziehung ist keine Kuschelpäda-

gogik, sie ist eine zentrale Aufgabe von Schule und so bereits im Paragraphen 1 des Schulgesetzes verankert. Ich bin überzeugt davon, dass mit der demokratischen Entwicklung einer Schule eine veränderte Kultur des Miteinander aller an Schule Beteiligten, eine Öffnung von Schule und höhere Lernmotivation einhergehen. Insofern leistet Demokratie einen guten Beitrag zu schulischer Qualität.“

Professor Dr. Peter Fauser, Erziehungswissenschaftler an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wissenschaftlicher Leiter des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“, Mitinitiator und Jury-Mitglied des „Deutschen Schulpreises“ und einer der „Väter“ des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“, bezog sich zu Beginn seines Vortrages auf eine Schülerpräsentation: Den „Demokratie-Rap“. Fauser lobte den Einfallsreichtum der Schüler, musste jedoch einräumen, dass er beim Refrain zusammengezuickt war: „Bei uns gibt’s keine Probleme mehr, denn wir haben den Klassenrat, oh yeah“. Ganz so einfach funktionierende Demokratie dann leider doch nicht.

Fauser beantwortete die Frage, ob gute Schulen demokratisch sein müssen, mit einem klaren „Ja“ – denn er habe noch keine gute Schule gesehen, die nicht demokratisch arbeite. Damit Demokratie funktioniert, müssten Schüler schon früh weitgehende Kompetenzen erwerben. Als Kernkompetenz hob Fauser die Fähigkeit hervor, intelligentes Wissen mit intelligentem Handeln zu verbinden.

„Welches Lernen führt zu dieser Fähigkeit?“ war die nächste Frage auf der Agenda. Fauser plädierte für ein „verständnisintensives Lernen“, bei dem die Lehrer auf die Denkweise der Schüler eingehen und sie da abholen sollten, wo sie gedanklich gerade stehen, und von diesem Punkt an gemeinsam weiterzudenken. „Immer dann, wenn wir eine Antwort als vermeintlich falsch abtun, vergeben wir die große Chance, den Gedankengang, der zu dieser Antwort geführt hat, für den Lernprozess zu nutzen.“ Der Verstehensprozess, auf dem letztlich eine funktionierende Demokratie beruht, setzt wechselseitige Anerkennung der Beteiligten voraus, mit dem Ziel, sich als gleichwertige Partner zu verständigen.

Nach Fausers Vortrag wurde in zehn parallelen Foren (vgl. den Bericht in POLIS 2/2009) über

verschiedene Aspekte des Themenfeldes „Demokratieerziehung und Partizipation“ diskutiert. Dabei standen Erfahrungsaustausch und Vernetzung im Vordergrund und die Absicht, in der Programmgestaltung die Ziele des Demokratie-Tags bereits teilweise umzusetzen: Wo immer es möglich war, wurden deshalb Schüler als Referenten eingebunden. „Ich bin Referent im Klassenratworkshop“, berichtete ein 15-jähriger Schüler der EKS stolz, „und wir werden den Teilnehmern die Arbeit der Klassenräte bei uns an der Schule erklären“. Alle Foren wurden von je einem Erwachsenen und je einer Schülerin oder einem Schüler gemeinsam moderiert.

Auch beim „Markt der Möglichkeiten“ trafen sich „Informationshungrige“ an den Ständen der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, der DeGeDe, des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“, der Serviceagentur „Ganztäglich Lernen“ Rheinland-Pfalz und weiterer Partner.

Das kulturelle Rahmenprogramm war sehr vielseitig gestaltet. Im Schwarzlichttheater der EKS konnten sich die Teilnehmer an interessanten Lichteffekten und Wortspielen zur Demokratie erfreuen. Der Demokratie-Tag 2009 wurde vom Improvisationstheater „Setzen 6“ des Carl-Bosch-Gymnasiums Ludwigs-hafen abgerundet: Die Urheber des „Skandals“ zu Beginn der Veranstaltung bewiesen in zahlreichen improvisierten, sehr unterhaltsamen Szenen ihre Kompetenz, intelligentes Wissen mit intelligentem Handeln zu vereinbaren und nahmen dabei Impressionen der verschiedenen Foren auf.

Auch wenn die Beteiligung aus den Schulen aus Sicht der Veranstalter etwas zu wünschen übrig ließ, so zeigte die eindrucksvolle Veranstaltung doch, dass sich der Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz inzwischen als feste Größe im Jahreskalender reformpädagogischer Veranstaltungen etabliert hat.

*Josef Blank, Andrea Seubert,
Hans Berkessel*

Thüringen

„Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung“ vom 03.11.2009:

„Zwanzig Jahre Politische Bildung in Thüringen“

„Stellen Sie im Anschluss unbedingt Ihre Fragen“, empfahl Prof. Dr. Carl Deichmann in seinem Grußwort gleich zu Beginn der Veranstaltung dem Publikum des voll besetzten Hörsaals der Friedrich-Schiller-Universität Jena. „So viele Vertreter der ersten Stunde der politischen Bildungsarbeit in Thüringen werden Sie in einer so konzentrierten Form in absehbarer Zeit nicht wieder vor sich haben.“

Und in der Tat waren die „Jenaer Gespräche“, die diesmal unter dem Thema „Jahr der Demokratie – Politische Bildung zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution“ standen, hochkarätig besetzt. Neben Sabine Geißler (Gründungsmitglied und langjährige Vorsitzende des DVPB-Landesverbandes Thüringen sowie ers teostdeutsche Bundesvorsitzende der DVPB), Eva Müller (erste Referentin für Lehrerbildung, Thüringen Landeszentrale für politische Bildung) und Dr. Hans-Peter Ehrentraut-Daut (erster ThILLM-Referent für Sozialkunde) ist insbesondere Prof. Dr. Wolfgang Sander (erste Professur für die Didaktik der Politik in Jena und Initiator der „Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung“) zu nennen, der den weiten Weg aus Wien nicht scheute, um an dem Podiumsgespräch teilzunehmen, dessen Moderation der Thüringer Landesvorsitzende der DVPB, Anselm Cypionka, übernahm.

In einer ersten Runde wurden die anwesenden politischen Bildnerinnen und Bildner danach gefragt, welche Erfolge und welche „Baustellen“ sie in Bezug auf die politische Bildungsarbeit in Thüringen ausmachen würden. Es ist hier nicht der Ort, um die Einzelbeiträge in voller Gänze präsentieren zu können. Nur so viel sei gesagt: Der Grundtenor war einheitlich – alle Beteiligten attestierten der Politischen Bildung im Land retrospektiv große Erfolge. So wurden u.a. die vielfältigen Kooperationen der unterschiedlichen Institutionen (DVPB, Landeszentrale, Thillm, Professur für Didaktik der Politik), die ganz konkret auch bei den „Jenaer Ge-

sprächen“ fassbar sind, umfangreiche Publikationslisten zum Thema Politische Bildung, die Tatsache, dass Sozialkunde als Unterrichtsfach etabliert und eine exzellente Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer sichergestellt ist, die Existenz eines recht mitgliederstarken Fachverbandes, aber auch das Schülerparlament und der Schülerpolitiktag genannt. Nichtsdestotrotz wurden auch einige mehr oder minder große Probleme angesprochen. So prangerte Frau Geißler – insbesondere vor dem Hintergrund ihrer eigenen Biographie – an, dass die Grundrechte heute von weiten Teilen der Bevölkerung als eine Art Selbstverständlichkeit angesehen werden. Außerdem forderte sie eine aktivere Nutzung der Möglichkeiten, die eine Demokratie den Menschen zur Verfügung stellt. Für problematisch erachtete sie weiterhin, dass sich die Parteien zunehmend vom Volk entfernen und mehr Fraktionsdenn Volksparteien darstellen, was ihrer Meinung nach ein Grund für die vorhandene Politikverdrossenheit sei. Um dieser Verdrossenheitstendenz entgegenzuwirken, verwies sie auf die Möglichkeit, mehr direkte Demokratie zuzulassen (z.B. direkte Wahl des Bundespräsidenten), eine Option, die auch Herr Dr. Ehrentraut-Daut zu bedenken gab, zumal – so Geißler – „das Volk reif sei“. Ein wichtiger Punkt schien ihr auch die romantische Verklärung der ehemaligen DDR zu sein, die immer wieder anzutreffen und der mit entsprechenden Maßnahmen Politischer Bildung entgegenzuwirken sei. Das Gefühl einer gänzlich gelungenen Arbeit relativierte insbesondere Frau Müller, die – nachdem sie Ende letzten Jahres in den wohlverdienten Ruhestand ging und seitdem vermehrt mit bildungsferneren Schichten in Kontakt steht – darauf verwies, dass in diesen gesellschaftlichen Bereichen Vorhaben, die bereits 1997 von der Landeszentrale formuliert wurden, auch heute noch hochaktuell sind. So hätte man dort kein Bewusstsein für Demokratie und keine Kenntnis der Landesgeschichte und über das Funktionieren der Demokratie. Einigermassen resigniert stellte sie daher fest, dass man offenbar (noch) nicht alle Teile der Bevölkerung erreicht habe. Dieser Resignation hatte Herr Prof. Dr. Sander allerdings einige



interessante Aspekte entgegenzusetzen. Zum einen wies er darauf hin, dass die „Baustellen“ im Verhältnis zum Erfolg wesentlich geringeren Umfangs seien, zumal auch Demokratie eine „Dauerbaustelle“ sei. Zum anderen konnte er durch die profunde Kenntnis empirischer Befunde zeigen, dass das von Frau Müller angesprochene Phänomen keineswegs genuin ostdeutsch ist und generell eine hohe Korrelation zwischen „bildungsfern“ und „politikfern“ besteht. Er persönlich sah aber v.a. Anknüpfungspunkte für die Zukunft der Politischen Bildung in Thüringen. Mehr fächerübergreifenden Unterricht, Stärkung der kleineren Fächer (Sozialkunde, Geschichte usw.) sowie Weiterentwicklungsbedarf bei der Kompetenzorientierung wurden von ihm genannt. Die größte Herausforderung sei es aber seiner Einschätzung nach, ob der Generationenwechsel bei den Sozialkullehrern erfolgreich vollzogen werden kann. Herr Dr. Ehrentraut-Daut verwies zum Schluss noch einmal explizit darauf, dass er es für höchst sinnvoll halte, die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Schule zu stärken und einen verstärkten Fokus auf die Schülervertretung zu legen.

Im Anschluss an diese Beiträge kam es zu einer regen Diskussion, in die auch das Plenum einbezogen wurde. Auf die Frage, ob der Staatsbürgerkunde unter richtlicher ehemaligen DDR als „Politische Bildung“ zu bezeichnen sei, einigten sich alle Anwesenden recht schnell darauf, ihm dieses Etikett nicht zu verleihen. Neben der recht einseitigen, staatsaffirmativen Ausrichtung des Unterrichts, die eine permanente Diskreditierung der BRD allgegenwärtig zum Inhalt hatte, sei vor allem das Unterrichtsklima von Mutlosigkeit zur Diskussion geprägt gewesen, so dass Prof. Sander zu Recht von einer „politischen Erziehung“ denn „Bildung“ sprach, zugleich aber – vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der ehemaligen DDR – zu bedenken gab, wie erfolgreich diese Erziehung eigentlich gewesen sei, gleichwohl einige Aspekte des politischen Systems der ehemaligen DDR im Bewusstsein der Menschen noch nachwirken. Eine weitere Frage richtete sich auf die Politische Bildung in der unmittelbaren Wendezeit und die Bedeutung ehemaliger Staatsbürgerkun-

delehrer. Frau Geißler und Frau Müller verwiesen auf eine Verordnung, die eben jenen Lehrern untersagte, Sozialkunde zu unterrichten und diese auch vom entsprechenden Studium ausschloss. Allerdings – hier wurde ein Hinweis von Prof. Dr. Deichmann und eines Teilnehmers aus dem Plenum aufgenommen – belegt eine Masterarbeit einer Studentin am hiesigen Institut, dass ca. 40 ehemalige Politoffiziere der NVA nicht unter den Wortlaut der o.g. Verordnung fielen und folglich derzeit im Schuldienst als Sozialkundelehrer tätig sind. Auf die Frage, ob die Strukturprinzipien der Sozialkundeunterrichts heute noch zeitgemäß sind, antwortete Prof. Dr. Sander, dass eine Weiterentwicklung des Curriculums – auch vor dem Hin-

tergrund von PISA und ähnlichen Studien – durchaus nötig sei. Dies betreffe auch die Kompetenzorientierung sowie die größere Eigenverantwortlichkeit von Schulen. Eine weitere Frage, die von einer Dozentin einer anderen Universität gestellt wurde, bezog sich auf das Verhältnis von Fachwissenschaft und Fachdidaktik am Institut für Politikwissenschaft der FSU Jena. Hier konnte Prof. Dr. Deichmann – entgegen ihrer Erfahrung – durchweg Positives berichten. So haben u.a. einige Professoren der Politikwissenschaft selbst auf Lehramt studiert, andere gingen in die Schulen und schauten sich die Politische Bildung vor Ort an und auch die Möglichkeit, die Staatsexamensarbeit im Bereich der Politikdidaktik mit einem Politik-

wissenschaftler als Zweitgutachter) zu schreiben, wurde erwähnt. Die letzte Frage des Abends bezog sich auf die Kooperation zwischen alten und neuen Bundesländern in den Anfangsjahren und damit der Phase der Aufbauarbeit der Politischen Bildung in Thüringen. Auch hier konnte von den Beteiligten nur Spannendes und zugleich Positives berichtet werden. So hatte man – von wenigen Einzelfällen abgesehen – nie das Gefühl einer Bevormundung oder Belehrung empfunden. Das Verhältnis sei immer kollegial und von gegenseitiger Achtung und Anerkennung geprägt gewesen. Die „Thüringer“ der Runde stellten dabei die besondere Rolle des Bundeslandes Hessen heraus, das gerade in der Anfangszeit eine große

Stütze – auch in Person von Prof. Dr. Sander – war. Umgekehrt verwies Sander darauf, dass Thüringen – eingedenk der o.g. Erfolge – in Bezug auf die Ost-West-Kooperationen gewissermaßen einen besonders positiven Fall darstelle.

Damit ging ein sehr spannendes, informatives und bewegendes „Jenaer Gespräch zur Politischen Bildung“ seinem Ende entgegen. Sehr erfreulich war aus Sicht der Veranstalter die hohe Nachfrage in Form eines voll besetzten Hörsaals. Es bleibt zu hoffen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

*Marc Partetzke, Mitglied des
DVPB-Landesvorstands
Thüringen*

Niedersachsen



Europa – Herausforderungen für die Zukunft

Europa hat nicht nur ein Vermittlungsproblem – die Politische Bildung hat auch ein Europaproblem. Die DVPB Niedersachsen bot deshalb „Europa“ auf dem 17. Niedersächsischen Tag der Politischen Bildung am 24. September in Osnabrück ein Forum zur didaktischen Anregung, Reflexion und Diskussion. Niedersachsens

unserer Projektpartnerin Friedrich Ebert Stiftung – Landesbüro Niedersachsen¹ und den Unterstützern aus der Universität Osnabrück, der NORD/LB und dem Niedersächsischen Kultusministerium. Insgesamt 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schulen und außerschulischen Einrichtungen nahmen die Gelegenheit wahr, mit Politik und Forschung die Zukunftsherausforderungen Europas zu diskutieren.

der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (SPD-Niedersachsen) und Elmar Brok von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (CDU-Nordrhein-Westfalen).

Elmar Brok stellte den historischen Prozess und Verdienst der Europäischen Integration prospektiv in den Kontext der „Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union“. Die beeindruckende Rede machte deutlich, dass für Deutschland und die europäische Geschichte der zweiten Hälfte des 20ten Jahrhunderts die EU die richtige Antwort auf die stets aktuelle Frage von Krieg und Frieden war und ist. Die EU sei zwar keine reine Erfolgsgeschichte ohne Rückschläge aber die Möglichkeit Europas in den Zukunftsherausforderungsgemeinschaften zu handeln.

Bernd Lange führte über die rhetorische Frage, was der soeben durch das Europaparlament im Amt bestätigte Kommissionspräsident Barroso und Gefängnisneubauten in Deutschland mit einander zu tun haben in die Thematik „Das soziale Europa! Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Europa“ ein. Einige der jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs haben den Eindruck hinterlassen, die EU sei ein neoliberales Projekt zur Zurückdrängung sozialer Errungenschaften und Arbeitnehmerechte.² Auch die Kommission steht unter dem Verdacht, ausschließlich über den Abbau von Regulierungen eine europäische Einigung herbei zu führen. Tatsächlich aber lässt sich über zahlreiche Beispiele auch zeigen, dass sich, über das Grundprinzip der



Thomas S. Regnet und Bettina Schmitt vom CIVIC-Institut für Internationale Bildung stellen diverse Planspiele vor

Politiklehrerinnen und Politiklehrern fehlt seit 2004 eine Landeszentrale für Politische Bildung, so dass die ehrenamtliche DVPB, selbstständig Fortbildung organisieren muss. Wir danken daher

Von großen Linien und Problemen im Detail

Die einführenden Referate hielten zwei profilierte Mitglieder des Europaparlaments: Bernd Lange von



Gespanntes Zuhören und anschließende angeregte Diskussion im Auditorium



Prof. Dr. Joachim Detjen präsentiert die Fallstricke der Europäischen Union

Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, soziale und beschäftigungsrelevante Erfolge realisieren lassen und lassen.

Drei Wege zur Europadidaktik

In den Hauptforen sprachen die Politikdidaktiker Prof. Dr. Joachim Detjen (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), Prof. Dr. Thilo Harth (Institut für Berufliche Lehrerbildung FH Münster) und Dr. Ragnar Müller (Gesellschaft Agora Tübingen) über ihre je eigenständigen Ansätze und Thesen zur Vermittlung der Europäischen Union im Unterricht.

Prof. Detjen arbeitete „Die Kompliziertheit der Europäischen Union – Herausforderung für die Politische Bildung“ heraus.³ Er kokettierte dabei mit dem Satz von Elmar Brok, er wisse selbst nicht, wie die Komitologie funktioniert und fokussierte eben diese, um die besondere Form der Politikverflechtung in der Europäischen Union hervor zu heben. Das so analysierte politische Mehr ebenen system ist in diesem Verständnis das eigentliche Vermittlungsproblem der Europäischen Union. Ein Ausweg aus dieser Lage seien Planspiele und Fallstudien. Die Angebot der Friedrich Ebert Stiftung, der Bundeswehr-Jugendoffizierend des Centrums für Ange wandte Politikforschung in Kooperation mit CIVIC – Institut für Internationale Bildung, die auf der Tagung vertreten waren, können hier dem Schulalltag angepasste Module bieten.

Prof. Harths Frage „Europa: Was geht mich das an?“ beruht

auf seinem zusammen mit Prof. Wichard Woyke von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster publizierten Werk „Europa konkret“.⁴ Harth konnte weitere Beispiele aufzeigen, in denen Europa für Schülerinnen und Schüler sichtbar und erfahrbar wird. Er machte deutlich, dass zwar die Strukturen der Europäischen Union in den Unterricht gesellschaftskundlicher Fächer gehören, dass aber der Ausgangspunkt aus seiner Sicht viel konkreter sein muss. Ein Beispiel war eine Klasse mit angehenden Friseurinnen, die zwar das Mehrebenensystem als für sich irrelevant wahrnehmen, die aber die – durch die europäische Rechtsetzung stattfindende – Kennzeichnung von Inhaltsstoffen auf Kosmetikbehältnissen als unmittelbar wichtig tigerkennen.

Dr. Ragnar Müller zeigte einen weiteren Weg auf, um die Frage „Wie kann man komplexe Themen wie Globalisierung oder europäische Integration vermitteln?“ zu beantworten. Er stellte das Unvergleichbarkeitsphänomen das Zentrum seines Ansatzes der Policy Didaktik. Ebenso wie das Schnabeltier nicht in die gängigen Modelle der Biologie passt, sperrt sich auch die Europäische Union



Europaparlamentarier Elmar Brok mit Engagement und Erfahrung

vor einer Zuordnung in die internationale wie in die innerstaatliche Politik. Deshalb sagt er, solle man insgesamt aufhören die Europäische Union erklären zu wollen. Sinnvoll sei dagegen, die politischen Probleme von der obersten internationalen bis zur untersten lokalen Ebene selbst zu bearbeiten.⁵

Workshop- und Fachgespräche

Neben den großen Foren fanden in kleineren Arbeitsgruppen intensive Diskussionen mit den Referentinnen und Referenten statt.



Prof. Dr. Thilo Harth strukturiert Beispiele für die schulische Praxis

Darunter ein Workshop mit den EP Abgeordneten Jan Philipp Albrecht (Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz), Birgit Sippel (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten) und Gesine Meißner (Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa). Das Podium beriet mit den Workshop-Teilnehmenden das Thema: „Europa-Abgeordnete in die Schule – ein Weg zu mehr Nähe von Politik und Schülern?“. Als Schulprojekt stellte das Gymnasium Münster,⁶ vertreten durch den Schulleiter OStD Alfred Mangold und StR Mirko Truscelli (DVPB Niedersachsen) auf Schautafeln ihr „Comenius REAL – Durchführung von Comenius-Treffen an praktischen Beispielen“ vor. RA⁷ in Bettina Schmitt und Thomas S. Ragnet M.A. vom CIVIC – Institut für internationale Bildung stellten, in Kooperation mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa des Centrums für Angewandte Politikforschung, eine Reihe von Planspielen und anderen Angeboten vor. Die durch öffentliche Förderung oft kostenfreien Angebote werden bundes- und sogar europaweit nachgefragt.⁷ Neu war die Integration eines „Informationsgespräch für FachleiterInnen, FachberaterInnen und Mitwirkende“ zum Thema „Probleme der Politikdidaktik“ geleitet durch die Vorstandsmitglieder StD a.D. Manfred Quentmeier, ehemaliger Fachleiter Po-

litik-Wirtschaft am Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien in Braunschweig und StR Stefan Schneider, Fachleiter Politik-Wirtschaft am Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien.

In der nächsten Ausgabe der „Politik Unterrichten“ des Landesverbandes Niedersachsen werden alle Beiträge neben den ausgefallenen Beiträgen von Dr. G. Henk Oonk (Rijks Universiteit Groningen, Niederlande) „Political Education on Europe – Examp les of Standard-Development from the ELOS-Project“⁸ und des Europäischen Informationszentrums Niedersachsen (EIZ Hannover) nach zulesen sein.

Markus W. Behne

Anmerkungen

- 1 <http://www.fes.de/niedersachsen/>
- 2 Zum Hintergrund empfehlen wir: Mayer, Franz C. 2009, Der EuGH als Feind? Die Debatte um das soziale Europa in der europäischen Rechtsprechung, in: integration (Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration) 3/09, S. 246-265.
- 3 Vgl. den weiterhin gültigen Beitrag: Detjen, Joachim 2004, „Europäische Unübersichtlichkeiten“. Wie soll die politische Bildung mit der Kompliziertheit und Intransparenz der Europäischen Union umgehen?, in: Weißeno, Georg (Hg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, Bonn, 126-143. (Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Schriftenreihe Bd. 423)
- 4 Thilo Harth / Wichard Woyke 2008, Die Europäische Union konkret. Nachgefragt in zwölf Kapiteln, Opladen: Budrich.
- 5 <http://www.gesellschaft-abora.de/>
- 6 Die Schule stellt sich vor unter: www.gymun.de
- 7 Angebote unter www.civic-institute.eu oder www.fgje.de
- 8 Vgl.: Behne, Markus W. / Lange, Dirk 2009, European political consciousness in German schools, in: Henk Oonk & Greetje van der Werf (Eds), Citizenship education in a European perspective – policies, theory and research about a European and International Orientation in secondary schools in Europe, New York: Routledge/Taylor & Francis. (To be published). Sowie: G.H. Oonk 2007, Internationalisation in the Primary and Secondary Education. A Theoretical Exploration of Policy, Implementation, Effects and Research, Alkmaar.